

ANFRAGE

des Abgeordneten Doppler
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Inneres
betreffend Massenschlägerei unter Fremden

wien.orf.at berichtete am 10.3.2016:

"Konsequenzen nach Massenschlägerei

Die Massenschlägerei zwischen tschetschenischen und afghanischen Jugendlichen in der Brigittenau am Samstag hat Folgen. Es wird mehr Polizeipräsenz geben, zudem kommen Sozialarbeiter aus der Community zum Einsatz.

Bei den Brennpunkten in Wien-Brigittenau, etwa am Handelskai und bei der Millennium City, werde es in Zukunft mehr Polizeipräsenz geben, sagte Bezirksvorsteher Hannes Derfler (SPÖ) im Interview mit „Wien heute“. Davor fand am Mittwoch aufgrund des Vorfallen ein Gespräch zwischen Derfler und der Polizei im Bezirk statt.



ORF

Die Schlägerei begann in einem Jugendzentrum in der Engerthstraße

Zudem sollen Sozialarbeiter aus der Community zum Einsatz kommen, etwa der gebürtige Tschetschene und Integrationscoach Adam Bisaev, der in der Brigittenau den Verein „Toleranz“ gründete. Man müsse die Hintergründe der Jugendlichen kennen, um einen Zugang zu ihnen zu finden, so Bisaev. Das Bild der Tschetschenen in der Öffentlichkeit sei jedoch schlechter als die Realität.

„Staatliche Institutionen sind Meidorte“

Der Soziologe Kenan Güngör begrüßte die Maßnahmen im „Wien heute“-Studiogespräch am Mittwoch – vor allem, dass man auch auf Menschen aus der Community setzt: „Da besteht eine emotionale Nähe.“ Auch mit dem Alter könne man

bei den Jugendlichen punkten – je älter eine Person, desto gewichtiger sei ihr Wort in der Community, erklärte Güngör.

Kenan Güngör im Interview

Man müsse längerfristiger und systematisch mit den Jugendgruppen arbeiten, sagt der Soziologe Kenan Güngör in „Wien heute“.

Mehr Polizeipräsenz könne das Sicherheitsgefühl stärken, allerdings brauchten die Jugendlichen Zeit, um Vertrauen zur Exekutive zu fassen. In ihren Herkunftsländern sei die Polizei oft korrupt oder handle willkürlich: „Staatliche Institutionen sind Meidorte.“ Die nun beschlossenen Konsequenzen bezeichnete Güngör insgesamt als „ersten wichtigen Schritt“: „Was fehlt, ist, dass wir längerfristiger, auch jenseits von Konflikten und Gewalt, systematisch mit diesen Gruppen arbeiten und versuchen, tragfähige Strukturen der Vermittlung und Konfliktverhinderung zu schaffen.“

Attacken mit Eisenstangen und Holzlatten

Bis zu 40 Personen waren laut Polizei am Samstagabend an der Schlägerei beteiligt. Auslöser dürfte ein Streit auf Facebook gewesen sein - worum es dabei ging, ist jedoch noch nicht bekannt - mehr dazu in Schwerverletzte bei Massenschlägerei. Eine Gruppe tschetschenischer Jugendlichen hatte sich laut Polizei im Jugendzentrum in der Engerthstraße getroffen und war gegen 17.50 Uhr von einer zahlenmäßig weit größeren Gruppe afghanischer Jugendlicher aus dem Heim gelockt und dann angegriffen worden.

Neben Messern waren die Beteiligten auch mit Holzlatten und Eisenstangen bewaffnet. Zwei der sieben Opfer zwischen 14 und 17 Jahren befanden sich zunächst sogar in akuter Lebensgefahr, sind mittlerweile aber wieder außer Lebensgefahr. Fünf Verdächtige befinden sich inzwischen in Untersuchungshaft - mehr dazu in Massenschlägerei: Fünf Jugendliche in U-Haft.

Häupl will kriminelle Asylwerber hinauswerfen

Scharfe Worte fand Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) in einem Interview mit dem „Kurier“ (Donnerstag-Ausgabe) zu dem Vorfall. „Wenn hier Asylwerber dabei gewesen sind, dann haben die aus meiner Sicht mit solchen Straftaten ihr Asylrecht verwirkt. Und dann sollen sie rausgeworfen werden“, so Häupl - mehr dazu in Häupl vor SPÖ-Klausur: Mindestsicherung bleibt.“

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Inneres folgende

Anfrage

1. Wie viele Personen waren in diese Massenschlägerei verwickelt? (aufgegliedert nach Alter, Geschlecht, Herkunft und fremdenrechtlichen Status)
2. Wie viele dieser beteiligten Personen sind bereits vorbestraft? (aufgegliedert nach Personen und Vorstrafen)
3. Gegen wie viele an dieser Massenschlägerei beteiligten Personen wird derzeit ermittelt?

4. Wie viele an dieser Massenschlägerei beteiligte Personen wurden bereits angezeigt?
5. Gegen wie viele an dieser Massenschlägerei beteiligte Personen wurde ein Verfahren zur Aberkennung der Aufenthaltsberechtigung eingeleitet?
6. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus diesem Vorfall?





